

Studiengebühren sind anti-demokratisch...

...weil sie die kooperative Verständigung über die Wissenschaft einschränken.

"Durch [...] die Einführung von Kostenbeiträgen werden die Studierenden ihre Ausbildung als Investition in ihre Zukunft, als Investition in ihr Humanvermögen verstehen und sich Gedanken über die Rendite der Investition machen."

(*"Hamburgs Hochschulen reformieren - Mehr Freiheit für unternehmerisches Handeln"*, Handelskammer Hamburg, 1999)

"Im fächerübergreifenden Zusammenwirken ihrer Mitglieder und Organe entwickelt und vermittelt die Universität wissenschaftliche Methoden, Ergebnisse und Qualifikationen. Die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder beruht auf Information und Transparenz, demokratischer Beteiligung und dem Willen zur Konfliktlösung."

(Leitbild der Universität Hamburg, 1998)

Studium und Wissenschaft sind dann demokratisch, wenn alle daran Beteiligten gemeinsam über Inhalt und Perspektive ihres Tuns an der Hochschule entscheiden und dabei auch der Anspruch entwickelt wird, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Bedingungen dafür zu schaffen, daß alle Menschen gleichberechtigt gestaltend eingreifen können. (Eine demokratische Gesellschaft erfordert deshalb selbstverständlich die soziale Offenheit aller Bildungsinstitutionen.)

Unternehmensverbände und Lobbyvertreter der Großunternehmen, z.B. die Handelskammer Hamburg, erhoffen sich von der Studiengebühreneinführung ein verändertes Wissenschaftsbild und Studierverhalten. Es ist gegen den eigenen verallgemeinerungswürdigen demokratischen Anspruch der Universität Hamburg, formuliert beispielsweise im Leitbild, gerichtet.

Studiengebühren sollen Studierende zu Kunden degradieren, die sich nicht mehr als Subjekte der Wissenschaft begreifen, sondern dem "Dienstleistungsunternehmen" Universität gegenüber treten, um die "Ware Bildung" käuflich zu erwerben. Bisher

haben die Studierenden als Mitglieder der Universität das Recht und die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen über den Inhalt und die Perspektive von Bildung und Wissenschaft demokratisch mitzubestimmen.

Als der Universität Äußerliches sollen sie nun darauf geworfen sein, aus dem "Studien-Angebot" lediglich zu wählen. Was oft als Souveränität des Konsumenten angepriesen wird ("du entscheidest, was du wählst"), ist jedoch nur eine Scheinverfügung: die Studierenden als "Kunden" der Universität haben so wenig Einfluß auf die Hochschulentwicklung, wie die Einkäufer im Supermarkt auf Produktentwicklung und -qualität oder gar Preisgestaltung und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter.

Indem Studiengebühren die Partizipation der Studierenden innerhalb des Hochschulwesens abwickeln sollen, sind sie auch dazu gedacht, die Studierenden an der Herausbildung einer umfassend demokratischen Weltanschauung zu hindern: Unter dem Bildungsverständnis der Investition in die eigene Karriere und unter dem sozialen Druck der Studiengebühren sollen die Studierenden darauf festgelegt sein, in kürzester Zeit nur das zu

studieren, womit sie sich am besten auf dem Arbeitsmarkt verkaufen können. Hetze durchs Studium und bloße Mitnahme von profitabel Verwertbarem verhindern die Aneignung eines klaren Blicks für die Verhältnisse und ihre politischen, kulturellen und sozialen (und damit Demokratie-) Defizite. Wer stets damit beschäftigt ist, sich Gedanken über die meist minimale und konkurrenzhaft zu erboxende "Rendite" der eigenen Investition zu machen, wird kaum fragen, wer in der Welt zu wessen Lasten tatsächlich nennenswert Rendite einfährt und wie das im Sinne umfassender Demokratie zu ändern wäre. Kritischer Gesellschaftsbezug und weiterreichende Entwicklungsperspektive würden weitgehend aus dem Studium verschwinden. So erhielten Unternehmen qualifiziertes doch williges "Humankapital", das keinen Anspruch auf echte Demokratie geltend macht.

Also: Studiengebühren einsargen - mehr Demokratie wagen! Der Boykott der Verwaltungsgebühren sollte daher eng verbunden sein mit dem erweiterten Engagement für eine demokratische, weil allen Menschen gerechte, Entwicklung der Hochschulen.

Versammlung der Studierenden
Informationen und Diskussion zum Gebührenboykott
Montag, 23. Januar 2006, 16 Uhr
Hörsaal Phil C, Von-Melle-Park 6

Treffen AG-Verwaltungsgebührenboykott:
Dienstags, 20 Uhr, Phil-Turm, Raum 973



Der nächste Schritt: Gebührenboykott

Das Was-ist-Was des Verwaltungsgebührenboykotts

Studiengebühren sind ein entscheidendes Mittel rechter Politik und somit auch des Hamburger Senats, die Hochschulen marktkonform zu trimmen und speziell die Studierenden vollständig zu einer Ware umzumodeln. Studium soll demnach als individuell käuflich zu erwerbendes Gut begriffen werden, vermittels dessen die angehenden Akademiker sich selbst "veredeln" sollen, damit sie sich anschließend als profitbringendes "Humankapital" auf dem Arbeitsmarkt verkaufen können. Dies impliziert verstärkte soziale Selektion beim Bildungszugang, Entdemokratisierung der Institutionen, gesteigerte Oberflächlichkeit der Wissenschaftsinhalte und eine Dekultivierung des Miteinanders der Mitglieder im Hochschulalltag.

Der Kampf für die Gebührenfreiheit ist daher integraler Bestandteil des Engagements für die Perspektive einer kritischen, gesellschaftlich verantwortungsvollen Hochschule. Hier ist Wissenschaft die Möglichkeit der kollektiven Erarbeitung eines genaueren Verständnisses der Welt, also ihrer natürlichen, kulturellen sowie sozialen Zusammenhänge, mit dem Ziel der praktischen, solidarischen Verbesserung der Lebensbedingungen aller: Bildung als persönliche Entfaltung durch die Perspektive allgemeiner menschlicher Emanzipation.

Warum gegen die Verwaltungsgebühren?

Die seit letztem Wintersemester erhobenen Verwaltungsgebühren sind Studiengebühren. Auch sie tragen dazu bei, die Bildungskosten zu privatisieren und Bildung zur Ware zu machen. Sie haben die spezielle Funktion, als Wegbereiter Akzeptanz für die allgemeinen Studiengebühren zu schaffen. Der solidarische Boykott der Verwaltungsgebühren ist ein klares Signal gegen diese Akzeptanz und eine aktuell notwendige Maßnahme gegen jedwede Gewöhnung an das Bezahlstudium. Er ist zugleich die konsequente Fortführung der Beschlüsse, Demonstrationen, Streiks und Proteste, der bisherigen Verwaltungsgebührenzahlung unter Vorbehalt sowie der erfolgreichen Urabstimmung für die Gebührenfreiheit und die adäquate Antwort auf die Zuspitzung des Wissenschaftssenators, trotz all dieses Widerspruchs allgemeine Gebühren gesetzlich verordnen zu wollen.

Wie funktioniert der Boykott? Solidarität statt Kamikaze!

Der Boykott als politisches Kampfmittel beruht im wesentlichen auf der kollektiven Verweigerung der Zahlung der Verwaltungsgebühren. Das solidarische Handeln ist dabei entscheidend gegen die drohende Vereinzelung, jeder möge für sich mit der zusätzlichen finanziellen Belastung und der ideologischen Knute zum braven, zügigen und entfremdeten Studium fertig werden.

Die erforderliche Solidarität wird für den Verwaltungsgebührenboykott mit der Einrichtung eines Treuhandkontos ermöglicht. Alle Studierenden sind nun aufgefordert, den Verwaltungsgebührenanteil ihres Semesterbeitrags für das Sommersemester 2006 statt an die Universität auf dieses Treuhandkonto zu überweisen. Wird dabei eine 'kritische Masse' der Beteiligung erreicht, wird dem Senat praktisch unmöglich, einer so hohen Zahl von Studierenden die Rückmeldung zu verweigern. Diese relevante Anzahl halten wir bei einem Quorum eines aufgerundeten Drittels aller an der Universität Hamburg immatrikulierten Studierenden für sicher erreicht, das sind 13.000 Studierende. Damit haben wir uns zugleich die Herausforderung gesetzt, für den Boykott mindestens die Anzahl derer zu mobilisieren die in nur drei Tagen auch schon mit "Ja zur Gebührenfreiheit" bei der Urabstimmung im letzten Jahr votiert haben (12.497 Studierende).

Wird bis zum Stichtag (derzeit 27. März 2006), fünf Werktage vor Ende der Rückmeldefrist zum Sommersemester 2006, das Quorum erreicht, so wird der Boykott durchgeführt und der Senat zum Verzicht auf die Gebühren gezwungen. Die Gebühren werden nicht an die Uni überwiesen, sondern gehen zurück an die Beteiligten. Wird das Quorum nicht erreicht, werden die Gebühren zum Ende der Rückmeldefrist unter Angabe der Matrikelnummern an die Uni überwiesen und alle sind immatrikuliert. Wir haben also nichts zu verlieren!

Angestrebt ist, schon vor Ende der Vorlesungszeit das Quorum zu erreichen. Das begünstigt, unseren politischen Forderungen und Argumenten frühzeitig mit Vollversammlungen und anderen Aktivitäten in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen.

Was ist das Risiko?

Den Teilnehmern des Boykotts die Rückmeldung zu verweigern, wird zwar eine Drohung sein, doch ist für die Stadt Hamburg der spontane Verlust eines Drittels ihrer Uni-Studierenden nicht tragbar, sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen. Allerdings wird der Senat auch mit der Zurückhaltung der Semesterunterlagen und des Semestertickets drohen, wovon wiederum von Krankenkasse und Arbeitsvertrag bis Bafög und Aufenthaltserlaubnis viele weitere wichtige Dinge abhängen. Doch auch hier gilt: 13.000 Studierende oder mehr sind eine gesellschaftliche Macht, die, wenn sie solidarisch auftreten, Lösungen durchsetzen werden. Zumal ein erfolgreicher Boykott erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit genießen wird. Schon jetzt haben wir uns mit der Universitätsverwaltung, dem Studierendenwerk und dem HVV in Verbindung gesetzt, mit dem Ziel, sehr zügig die Rückmeldung aller Beteiligten inklusive Rückmeldeunterlagen und dem ohnehin bezahlten Semesterticket ohne die Bezahlung der Verwaltungsgebühren durchzusetzen.

Was muß ich tun?

Alle, die sich beteiligen, müssen also 50 Euro vom Semesterbeitrag (siehe Rückmeldeunterlagen) abziehen, um sie auf das Treuhandkonto zu überweisen. Der Restbetrag - und nur dieser - ist unbedingt an die Uni zu überweisen, um den Willen weiterzustudieren, dort zu dokumentieren. Weiter sind Name und Matrikelnummer auf der Überweisung erforderlich, für die Rückzahlung bzw. die mögliche Weiterleitung an die Uni. Für aktuelle Informationen über den Stand unseres Kampfes sollten sich darüber hinaus alle in den eMail-Verteiler auf der Homepage eintragen (s. u.).

Wer sich früh beteiligt, macht anderen Mut, dies auch zu tun. Der Verwaltungsgebührenboykott ist der nächste Schritt für den erfolgreichen Kampf gegen Studiengebühren. Für sein Gelingen ist jeder in der Verantwortung, mitzumachen, andere zu mobilisieren und den politischen Druck auf Träger und die Profiteure an der Zurichtung der Wissenschaft weiter zu entwickeln und auszubauen.